



Ratsreport

5. Juli 2018

Inhalt

Zukunft für Meschenich gestalten	3
Neues Bezirksrathaus Innenstadt im zukünftigen Laurenz-Viertel	4
Kein Platz für Antisemitismus in Köln!	5
SPD fassungslos über Umgang mit der Kämmerin Gabriele C. Klug	6
Kurz notiert	7
» Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Schulbaunotstandes	7
» Fördermittel für sozialen Zusammenhalt	7
» „Raus aus der Kreidezeit“ – Schultafeln interaktiv	7
» Mehr Busse fahren ab dem Fahrplanwechsel 2018	8
» Kinderfreundliche Kommune – wir bleiben weiter dran!	8
» SPD für Job-Fahrräder – ohne Nachteile für Arbeitnehmer*innen	9
» Römisch-Germanisches Museum: Gute Lösung, doch unnötig hohe Kosten	9
» Gute Nachrichten für Vereine: Keine Nutzungsgebühren für Sportplätzen und -hallen	9





Rafael Struwe: „Wir müssen dringend die kleinteilige Eigentümerstruktur am ‚Kölnberg‘ angehen. Niemand fühlt sich so wirklich verantwortlich für das Veedel und sein Umfeld.“ Bild: HOWI - Horsch, Willy - Wikimedia commons, File:Fischenich-Weilerhof-Blick-nach-Köln-Meschenich.JPG, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5694729>

Zukunft für Meschenich gestalten

Die SPD-Fraktion hat im Rat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stärkung des Stadtteils Meschenich gefordert. Rafael Struwe, Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss und lokales Ratsmitglied: „Meschenich ist ein vergessener Stadtteil. Dabei sind die Probleme lange bekannt: Die Anbindung an die Stadt ist miserabel, die Infrastruktur vor Ort stirbt langsam aus und der Ortskern versinkt jeden Tag im Verkehr. Auch die sozialen Spannungen am ‚Kölnberg‘ sind weiter ungelöst. Wir wollen das Veedel aus der Abwärtsspirale herausholen und Meschenich eine Zukunft geben.“

Über das Förderprogramm „Starke Veedel – starkes Köln“ sind bereits zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung des Sozialraumes beschlossen worden. „Das reicht aber noch nicht“, so Struwe. „Wir müssen dringend die kleinteilige Eigentümerstruktur am ‚Kölnberg‘ angehen. Niemand fühlt sich so wirklich verantwortlich für das Veedel und sein Umfeld. Darum verkommen die Immobilien, gibt es Probleme mit Prostitution und Drogenhandel. Ein einzelner, großer Eigentümer kann die Siedlung zentral instand setzen und mehr Lebensqualität schaffen.“

Meschenich bietet darüber hinaus interessante Flächen zur Entwicklung weiterer Wohnbereiche, so zum Beispiel im Meschenicher Norden und östlich der Brühler Landstraße gegenüber einem Discounter.

„Dies wäre nicht nur ein Beitrag zur Bekämpfung des gesamtstädtischen Wohnungsproblems, sondern ein Motor für eine Aufwärtsentwicklung des Veedels - insbesondere, um Defizite in der Infrastruktur zu beheben. Einen Supermarkt wird es dort vermutlich erst geben, wenn genügend Einwohnerinnen und Einwohner mit ausreichender Kaufkraft vorhanden sind.“

Johannes Wascheck, stellvertretender Vorsitzender der Bürger- und Vereinsgemeinschaft Meschenich e.V., ergänzt: „Das wird alles nichts helfen, wenn Meschenich nicht endlich aus seiner Insel-lage befreit wird. Darum muss das Veedel dringend besser an den ÖPNV angebunden werden. Die Verlängerung der Bahnlinie bietet dafür eine große Chance.“

Leider gibt das Jamaika-Bündnis von CDU, Grünen und FDP den Stadtteil offenbar schon verloren. Mit der Begründung, in Meschenich werde schon genug unternommen, wurde der Antrag abgelehnt. Ein Schlag ins Gesicht für die dort lebenden Menschen, die jeden Tag sehen, dass die zahlreichen Probleme nicht angegangen werden.

Unser Antrag:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=76963&vo-select=18388

Neues Bezirksrathaus Innenstadt im zukünftigen Laurenz-Viertel

Der Rat hat mit großer Mehrheit den Neubau des Bezirksrathauses für die Innenstadt beschlossen. Der Zeitpunkt passt ideal: Derzeit soll das Quartier südlich des Roncalliplatzes zwischen den Straßen Am Hof, Unter Goldschmied, Laurenzplatz, Marspfortengasse und Sporengasse neu gebaut werden. Ein privater Investor will dort Einzelhandel, Büroflächen, Wohnen, Hotels und Gastronomie neu errichten. Das Bezirksrathaus wird jetzt in diese Entwicklung mit einbezogen.

Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Es liegt geradezu auf der Hand, jetzt auch das merklich in die Jahre gekommene Verwaltungsgebäude am Laurenzplatz neu zu bauen. So wird das Laurenz-Carré rund – wir hoffen auf eine anspruchsvolle und vielfältige Architektur für den gesamten Block. Weitere Ziele sind für uns eine autofreie Straße „Unter Goldschmied“ als Teil einer autofreien Altstadt und ohne Tiefgarageneinfahrt sowie mindestens 30% öffentlich geförderter Wohnraum.“

Inge Halberstadt-Kausch, baupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Beim Neubau des Bezirksrathauses müssen die Bedarfe des Bürgeramtes Innenstadt mitsamt Kundenzentrum und der Bezirksvertretung Innenstadt berücksichtigt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger der Innenstadt endlich ein „richtiges“ Bezirksrathaus bekommen. Die Verwaltung muss prüfen, ob sie weitere Raumbedarfe in dem neuen Gebäude unterbringen kann. Auch muss geklärt werden, wer baut – die Stadt selbst oder ein Dritter, eventuell in Kooperation mit dem Vorhabenträger des Laurenz-Carrés? Ein Neubau muss in jedem Fall schnell realisiert werden, ohne dass die Gebäudewirtschaft bei ihrer Hauptaufgabe, die in Köln notwendigen Schulneubauten umzusetzen, Abstriche machen darf.“

Antrag von SPD, CDU, Grünen, Linken und FDP:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=76970&vo-select=18388



Inge Halberstadt-Kausch: „Die Bürgerinnen und Bürger der Innenstadt sollen endlich ein ‚richtiges‘ Bezirksrathaus bekommen!“ Bild: Regina Börschel

Kein Platz für Antisemitismus in Köln!

Stadtrat setzt klares Zeichen

Der Rat der Stadt Köln hat heute auf Initiative der SPD-Fraktion eine Resolution verabschiedet. Ein breites Bündnis aller demokratischen Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger verurteilt darin jede Form von Antisemitismus. Als weitere Maßnahmen sollen die Aufklärung über Antisemitismus und die Förderung von Toleranz an Kölner Schulen weiter verstärkt werden.

Ratsfrau Monika Möller engagiert sich seit vielen Jahren für die deutsch-israelische Freundschaft und leitet unter anderem den Städtepartnerschaftsverein Köln-Tel Aviv-Yafo. Sie erklärt zur Resolution: „Leider stellen

wir fest, dass Antisemitismus auch 73 Jahre nach Ende der Nazi-Diktatur immer noch nicht überwunden ist. Gerade in der aktuellen Lage, in der Rechtsextreme wieder im Bundestag sitzen und sich der öffentliche Diskurs nach rechts verschiebt, müssen wir als Demokraten ein Zeichen setzen und klar dagegen halten. Deshalb bin ich sehr froh, dass es uns nach langen Gesprächen gelungen ist, eine gemeinsame Resolution aller demokratischen Fraktionen im Stadtrat zu formulieren. Köln ist eine tolerante und weltoffene Stadt. Antisemitismus hat in Köln keinen Platz!“

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=670967&type=do&>



Monika Möller: „Gerade in der aktuellen Lage, in der Rechtsextreme wieder im Bundestag sitzen und sich der öffentliche Diskurs nach rechts verschiebt, müssen wir als Demokraten ein Zeichen setzen und klar dagegen halten. Köln ist eine tolerante und weltoffene Stadt. Antisemitismus hat in Köln keinen Platz!“ Bild: A.Savin (Wikimedia Commons · WikiPhotoSpace) - Own work, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=12720385>

SPD fassungslos über Umgang mit der Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Obwohl ihr partei- und fraktionsübergreifend Kompetenz und erfolgreiche Arbeit bescheinigt werden, wird Stadtkämmerin Gabriele C. Klug von ihren eigenen Parteifreunden, den Grünen, abgesägt – und die CDU macht sich zum Steigbügelhalter zur Lösung Grünen-interner Streitigkeiten.

Dr. Ralf Heinen, Bürgermeister der Stadt Köln: „Wie das Bündnis von CDU und Grünen hier mit städtischem Spitzenpersonal umgeht, lässt uns fassungslos zurück. Bislang war noch gar nicht klar, ob Frau Klug für eine weitere Amtszeit zur Verfügung steht und nochmal antreten möchte. Immerhin hat sie in den fast acht Jahren ihrer bisherigen

Amtszeit so gewirkt, dass vom Ratsbündnis keine substantielle Kritik geäußert wurde. Warum wollen sich jetzt also insbesondere die Grünen von ihrer eigenen Parteifreundin trennen? Waren es Klugs zunehmend kritische Töne beim Umgang von CDU, Grünen und OB in Haushalts- und Beteiligungsfragen? Dass die Öffentlichkeit und vielleicht sogar die Kämmerin selbst in ihrem Urlaub per Ratsantrag erfuhren, dass Frau Klugs Dienste nicht mehr erwünscht sind, ist respektlos - und auch über die aktuelle Entscheidung hinaus ein fatales Signal: Wer soll sich künftig noch für Spitzenposten in der Stadtverwaltung bewerben, wenn hier so mit Menschen umgegangen wird?“



Dr. Ralf Heinen: „Wer soll sich künftig noch für Spitzenposten in der Stadtverwaltung bewerben, wenn hier so mit Menschen umgegangen wird?“ „Bild: © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons), CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=31920343>

Kurz notiert

Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Schulbaunotstandes aktualisiert

Halberstadt-Kausch: „Wir brauchen endlich eine Gesamtstrategie.“ Die Stadtverwaltung hat das im letzten Jahr beschlossene Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Schulbaunotstandes noch einmal aktualisiert und weitere Maßnahmen beschlossen. Dabei geht es unter anderem um die geänderten Rahmenbedingungen durch die Rückkehr zu G9. Franz Philippi, schulpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion: „Es ist gut, dass die Verwaltung hier schnell reagiert hat. Allerdings muss der Realisierungszeitraum von fünf Jahren ab April 2017 weiterhin Bestand haben, denn so planen die betroffenen Schulen.“

Inge Halberstadt-Kausch, baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, ergänzt: „Auch wenn wir uns das anders gewünscht hätten, scheinen uns diese Akutmaßnahmen richtig. Schließlich muss die Gebäudewirtschaft schnell aus ihrem Umsetzungsstau herauskommen. Allerdings haben wir erneut den Baudezernenten und den Betriebsleiter der Gebäudewirtschaft aufgefordert, schnellstmöglich eine Gesamtstrategie vorzulegen, die alle Schulen berücksichtigt. Es darf nicht sein, dass sich alle Kraft auf diese elf Schulen fokussiert und die anderen, ebenso dringenden Maßnahmen aus dem Blick geraten.“

Fördermittel für sozialen Zusammenhalt

Stadtverwaltung folgt SPD-Vorschlag. Die Verwaltung hat in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 28.06.2018 angekündigt, dem Antrag der SPD-Fraktion zu folgen und beim Land NRW Anträge für soziale Fördermittel einzureichen.

Dazu Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Gerade

für benachteiligte Veedel ist das eine gute Nachricht. Die Verwaltung hat unsere Idee aufgegriffen und wird sich für insgesamt acht Projekte um soziale Fördermittel bewerben. Wir freuen uns sehr darüber, denn alle Projekte sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Sie bringen konkrete Verbesserungen für die Menschen vor Ort.“

Bei den aufgenommenen Vorschlägen der SPD-Fraktion handelt es sich um die folgenden Projekte:

- Bauliche Erneuerung des Bewegungsraumes „Pavillon“ auf dem Außengelände des Jugendzentrums „Alte Schule Widdersdorf“,
- Dachsanierung des Bürgerzentrums in Finkenbergring,
- Erweiterung des Spielplatzes Vogesenstraße in Bilderstöckchen.

Antrag der SPD-Fraktion:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=75198&vo-select=18792

Stellungnahme der Verwaltung:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=75831&vo-select=18792

„Raus aus der Kreidezeit“ – Schultafeln interaktiv

Schluss mit dem grässlichen Geräusch der Kreide auf Kölner Schultafeln. Künftig können unsere Kinder das Planetensystem auf die Tafel holen. Sie können auf dieser nachvollziehen, wo genau das ferne Land liegt, aus dem ihre neuen Mitschüler kommen oder auch Matheaufgaben lösen wie auf der klassischen Tafel bisher. Der Rat beschloss heute, für rund 18 Mio. Euro moderne Touch Panels für die Kölner Schulen anzuschaf-

fen. In den nächsten vier Jahren sollen rund 2.000 Klassenzimmer mit der modernen Technik ausgestattet werden. Eine gute Nachricht für die nächste Generation der „digital natives“!

Mehr Busse fahren ab dem Fahrplanwechsel 2018

Die SPD-Fraktion begrüßt die beschlossene Stärkung und Ausweitung des Busnetzes in Köln. Einige Wünsche sind allerdings noch offen.

Bereits zum kommenden Fahrplanwechsel im Dezember 2018 kommen Taktverdichtungen, so zum Beispiel auf der „Unibuslinie“ 142 zwischen Bahnhof Ehrenfeld und Weißhausstraße. Hinzu kommen neue Verbindungen: Künftig fahren Busse unter anderem in das Neubaugebiet Sürther Feld, ins Gewerbegebiet Girlitzweg zu der dort entstehenden Gesamtschule am Wasseramselweg und zu den Entwicklungs- und Produktionsstätten von Ford.

Weitere neue Linien zu den Neubaugebieten Güterbahnhof Ehrenfeld und Deutzer Hafen sollen zum nächsten Fahrplanwechsel 2019 folgen.

Ebenfalls brachte der Rat heute Übergangslösungen auf den Weg, die zum Fahrplanwechsel Dezember 2018 zusätzliche Kapazitäten im ÖPNV schaffen und Stadtbahnlinien entlasten sollen. Ab Ende 2019 sollen weitere Busverbindungen zur Entlastung der Linien 1 und 4 sowie eine Busanbindung des Neubaugebietes Rondorf-Nord-West im Vorlauf der Stadtbahnerweiterung kommen.

„Die beschlossene Stärkung des Busnetzes ist ein wichtiger Schritt, das ÖPNV-Angebot für die Kölnerinnen und Kölner attraktiver zu gestalten. Wenn wir Alternativen bieten wollen, die zum Umstieg auf Busse motivieren, müssen wir aber auch dafür sorgen, dass die Busse gut durchkommen und nicht im Stau stehen“, betont Andreas Pöttgen, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Bei aller Freude über die neuen Angebote

bleiben jedoch noch viele Wünsche offen. Pöttgen weiter: „Wir möchten, dass die nächsten Ausweitungen des Angebotes auch die Beschlüsse der Bezirksvertretungen berücksichtigen. Berechtigte Forderungen wie zum Beispiel die Busanbindung von Gut Leidenhausen müssen dann endlich Realität werden. Der Stadtrat hat im letzten November einstimmig beschlossen, hier ein Umweltbildungszentrum zu gründen. Für uns ist klar, dass hierfür eine Erreichbarkeit mit dem Bus notwendige Voraussetzung ist.“

Kinderfreundliche Kommune – wir bleiben dran!

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken – für die SPD-Fraktion ist und bleibt dies ein wichtiger Punkt auf der Agenda. Einige Meilensteine in diesem Prozess sind bereits gelungen: Letztes Jahr verabschiedete Köln den Aktionsplan „Kinderfreundliche Kommune“ und erhielt das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“. Heute verankerte der Stadtrat einen Paragraphen „Kinder- und Jugendfreundlichkeit“ in der Hauptsatzung der Stadt Köln.

„Was in Köln für und gemeinsam mit unseren Kindern und Jugendlichen gestaltet wird, ist entscheidend“, erläutert Ralf Heinen, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Das ist kein Sprint, sondern ein Dauerlauf. Sensibilität für die Interessen von Kindern und Jugendlichen und die Unterstützung von uns allen, um diese auch vorbringen zu können, müssen der Stadtverwaltung und der Politik in Fleisch und Blut übergehen. Kinder und Jugendliche aktiv mitmischen lassen – das ist für uns die Devise.“

Eine wunderbare Gelegenheit für Kinder und Jugendliche, sich am Stadtgeschehen zu beteiligen, ist die gerade laufende Kinder- und Jugendbefragung. Mischt mit: <http://www.jugendbefragung.koeln/>

Positionspapier „Mitmischen erwünscht!“ der SPD-Fraktion: <http://koelnspd.de/10524-2/10524/>

Link zum Aktionsplan Kinderfreundliche

Kommune: <http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf51/kinder-und-jugendfreundliches-koeln-aktionsplan.pdf>

SPD für Job-Fahrräder – ohne Nachteile für Arbeitnehmer*innen

Die SPD-Fraktion hat sich im Rat dafür eingesetzt, dass die Stadt Köln ihren 17.000 Mitarbeiter*innen ein attraktives Arbeitgeberangebot für die Beschaffung von Job-Fahrrädern bzw. Job-E-Bikes macht. Auch die über 12.000 Beschäftigten des Stadtwerkekonzerns sollten von diesem Angebot profitieren können. Die SPD-Fraktion möchte damit den Anreiz erhöhen, dass die städtischen Beschäftigten möglichst oft vom Auto auf Fahrräder oder E-Bikes umsteigen und dies auch gerne machen. Bei diesem wichtigen und zukunftsorientierten Thema sollte die Stadtverwaltung eine Vorbildfunktion einnehmen. Schließlich geht es nicht nur um umweltfreundliche Mobilität, sondern auch um Gesundheitsförderung für Arbeitnehmer*innen - zwei Themen, die sich wunderbar ergänzen.

Die SPD-Fraktion hat sich gemeinsam mit den Linken und der Ratsgruppe BUNT für ein Modell eingesetzt, bei dem alle gewinnen und die Arbeitnehmer*innen am Ende nicht durch die so genannte Entgeltumwandlung draufzahlen und Nachteile erleiden, beispielsweise bei der Rente. Beschlossen wurde mit den Stimmen des Jamaika-Bündnisses letztlich jedoch ein Leasing-Modell, das den Arbeitnehmern deutliche finanzielle Nachteile beschert. Es bleibt zweifelhaft, dass sich dieses unattraktive Modell bei den Beschäftigten der Stadt durchsetzen wird.

Römisch-Germanisches Museum: Gute Lösung, doch unnötig hohe Kosten

Das Römisch-Germanische Museum muss dringend saniert werden. Mit der Historischen Mitte, also dem Neubau des Kölner StadtMuseums direkt nebenan am Roncalliplatz, nimmt Köln eine Jahrhundertchance wahr, die historischen Museen der

Stadt in ihrem Herzen zusammenzuführen. Der Rat hat jetzt beschlossen, dass das Römisch-Germanische Museum in der Zwischenzeit sein Quartier im ehemaligen Belgischen Haus in der Cäcilienstraße beziehen soll. Eine gute Lösung. Allerdings muss man anmerken, dass die Stadt vor nicht allzu langer Zeit die Möglichkeit hatte, das Belgische Haus zu kaufen und selber zu betreiben. Die Stadtspitze hatte das nicht weiter verfolgt. Wie sich jetzt zeigt, wäre dies die bessere und günstigere Variante gewesen, anstatt langfristig Miete zu bezahlen. Auch die Idee, das frühere Kaufhaus Sauer in der Minoritenstraße als Interimsstandort zu erwerben, war gescheitert.

Gute Nachrichten für Vereine: Keine Nutzungsgebühren für Sportplätzen und -hallen mehr

Die SPD-Fraktion hatte es für den Haushalt 2018 gefordert, jetzt wird es umgesetzt: Vereine und andere Institutionen zahlen künftig keine Gebühren mehr für die Nutzung von Sportplätzen und Sporthallen.

Peter Kron, sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Sportvereine leisten in Köln einen wesentlichen Beitrag zum sportlichen Geschehen in unserer Stadt. Sie sind darüber hinaus aber auch Motor für Integration, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Bildung und Erziehung außerhalb der Schule sowie Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung. Wir sind auf das ehrenamtliche Engagement angewiesen. Dies gilt es zu würdigen und zu unterstützen. Die Gebührenbefreiung war ein erster, wichtiger Schritt. Im Rahmen der Sportentwicklungsplanung werden wir weitere Initiativen einbringen.“

Die neue Regelung gilt umfassend und somit auch für Dachverbände und beispielsweise die Stadtbezirkssportverbände sowie Vereine, die in den Schwimmhallen trainieren.